

Entwurf einer Großen Anfrage an den Senat (Landtag) Bremen

Antisemitismus, andere Hasskriminalität, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Abwertung der Sexarbeit in Bremen

Bezug:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/2016-06-16_Drs-19-652_088a5.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren

Der BREMISCHE BÜRGERSCHAFT liegt als Drs. 19/652 (Landtag 16. Juni 2016, 19. Wahlperiode) die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD mit dem Titel **Neue Strategien und Maßnahmen gegen Antisemitismus** vor.

Die Verantwortung gegenüber Menschen jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens sollte sich nicht darin erschöpfen Antisemitismus zu verurteilen. Beim Antisemitismus handelt es sich um eine der möglichen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Form für die Deutschland die historische Schuld trägt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit kann daneben prinzipiell als Motiv identifiziert werden, dass Gewalt und Unrecht bis zum Massenmord gegen abgewertete Andere rechtfertigt und auslöst. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit darf weder staatliches noch das Handeln sozialer Einheiten bestimmen. Staatliches Handeln muss sich konsequent gegen jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten. Es darf nicht, in der Fokussierung auf eine betroffene Gruppe, blind gegenüber der Diskreditierung Anderer werden, weil deren Diskreditierung von gesellschaftlich einflussreichen Personen und Organisationen betrieben wird. Wirksamer Antisemitismus ist von der Ablehnung jeder Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht zu trennen.

Sofern Sie diesen Überlegungen folgen, so bitte ich Sie folgende Große Anfrage an den Senat zu richten. Wenn im Folgendem von Sexarbeit die Rede ist, ist diese als selbstbestimmte einvernehmliche Erbringung sexueller und erotischer Dienstleistungen gegen Entgelt zu begreifen. Davon zu trennen sind alle Formen der erzwungenen Erbringung sexueller Handlungen gegen Entgelt. Diese Handlungen sind sexueller Missbrauch. Sie können, einen Begriff des Deutschen Juristinnenbundes aufgreifend, als kommerzialisierte Vergewaltigung bezeichnet und müssen strafrechtlich konsequent und mit Härte verfolgt werden.

Angesichts der Herausforderungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die sich mit der erheblichen Zunahme von Hasskriminalität im vergangenen Jahr ergeben hat, ist es notwendig neue Strategien und Maßnahmen gegen diese, insbesondere gegen z.B. Antisemitismus und gegen die Verachtung von Menschen, die im Feld der erotisch-sexuellen Dienste aktiv sind (hurophobische Haltungen), zu ergreifen

Beleidigungen, Diskriminierung, Belästigungen und sogar körperliche Gewalt bleiben für Juden, Sexarbeitende und andere von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffene Menschen in der Europäischen Union (EU) und in der gesamten Welt Bestandteil ihres Alltags.

Eine 2013 von der Europäischen Grundrechteagentur (FRA) veröffentlichte Studie (durchgeführt in Frankreich, Belgien, Deutschland, Ungarn, Italien, Lettland, Schweden und Großbritannien) zeigte, wie verbreitet Diskriminierung, Holocaustleugnung und Hasskriminalität z.B. gegen Juden sind: 76% der Befragten - Personen, die sich selbst als Juden identifizieren - gaben an, dass Antisemitismus innerhalb der vergangenen fünf Jahre in ihrem Land zugenommen habe. In Frankreich, Deutschland und Schweden hielten die Teilnehmenden der FRA-Studie Antisemitismus für eine der drei dringlichsten sozialen und politischen Herausforderungen. 84% der Befragten in Frankreich, 74% derjenigen in Belgien und 72% in Ungarn sowie 48% in Deutschland hielten Feindschaft gegen Juden in der Öffentlichkeit, auf Straßen und Plätzen, für ein „großes“ beziehungsweise „ziemlich großes“ Problem. Eine der größten Sorgen der Befragten in fast allen untersuchten EU-Mitgliedstaaten waren antisemitische Kommentare im Internet.

Über den Umfang, die Formen und die Auswirkungen von Haltungen und Handlungen der Hasskriminalität gegen Sexarbeitende oder andere diskreditierte Gruppen liegen keine Daten vor. Das ist bedenklich. Welche Zustimmung bzw. Ablehnung Sexarbeitende erfahren, sofern sie sich in einem Wohngebiet ansiedeln und dort tätig werden wollen, wurde bis heute nicht erhoben, sehr wohl aber die Einstellung solcher Nachbarschaften z.B. zum Zuzug von Roma und Sinti in ihr Quartier. Dabei wurde ein erschreckendes Maß

an Antiziganismus offenbar. Rechtlich gilt Sexarbeit als störendes Gewerbe. Die Ablehnung von Sexarbeit durch das soziale Umfeld ist eine rechtlich zulässige Form der Ausgrenzung einer Berufsgruppe aus dem sozialen Alltag, mittels der Generalverdächtigung der Störung. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird durch diese Typisierung Rechtsform gegeben. Das Menschenrecht auf freie Wahl der Berufstätigkeit massiv durch eine Generalverdächtigung zu Lasten Sexarbeitender eingeschränkt. Diskreditierung und Stigmatisierung von Sexarbeitenden bereiten diese Typisierungen den Boden. Ein unhaltbarer Zustand für eine Gesellschaft, die dem Menschenrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit verpflichtet ist.

Diese Ergebnisse und Überlegungen werfen auch Fragen nach dem effektiven Schutz von Grundrechten im Medium Internet bei gleichzeitiger Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäußerung auf. Antisemitische, hurophobische oder andere aus einer Haltung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geäußerte Kommentare u.a. im Internet sind vermutlich Faktoren, die zur Angst der jüdischen Bevölkerung aber auch zur Stigmatisierung der Aktiven im Feld der erotisch-sexuellen Dienste und zu deren Befürchtung, selbst Opfer von Hasskriminalität zu werden, beitragen.

Wie die FRA-Erhebung zeigt, bringen die Opfer antisemitischer Straftaten diese bei der Polizei oder anderen spezialisierten Organisationen oftmals nicht zur Anzeige, selbst dann nicht, wenn sie die Tat als die „schwerwiegendste“ oder als Tat mit den größten persönlichen Auswirkungen betrachten. Dies gilt wahrscheinlich auch für Sexarbeitende, nur das deren Stigmatisierung nicht Gegenstand sozialer Erhebungen war und ist. Die offiziellen Statistiken der Polizei bzw. Strafverfolgungsbehörden erfassen Hasskriminalität gegen Sexarbeitende nicht. So wird in offiziellen Erhebungen nicht einmal die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs dieser Vergehen erkennbar. Der Ernst der Lage wird nicht dargestellt.

Demgegenüber gehen die Gesetzesvorlagen zur Regulierung des Feldes der erotisch-sexuellen Dienste von der Furcht Sexarbeitender vor Stigmatisierung aus, machen aber keine Aussagen zum Umfang, zu den Arten und zu den Folgen von Stigmatisierung der Aktiven dieses Feldes. Diese Verschiebung des sozialen Phänomens Stigmatisierung auf die Seite der Aktiven des Feldes, der keine Erfassung der Anlässe dieser Furcht gegenübersteht, ermöglicht es diese Furcht als irrationalen Persönlichkeitsanteil Sexarbeitender zu pathologisieren. Die Anerkennung der Berichtigung ihrer Ängste haben jüdische Menschen Sexarbeitenden voraus. Antisemitismus gilt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hurophobie, Abwertung von Sexarbeitenden hingegen ist rechtsförmig durch die Klassifikation sexueller Dienste als störende Tätigkeit und als von allen Formen der Erwerbstätigkeit prinzipiell zu trennendes Feld *sui generis*, als das Andere, das nicht Normale, das Aus- und Abzugrenzende klassifiziert.

In Deutschland gibt es nach wie vor erheblichen Antisemitismus und erheblichen Hass gegen das Feld der erotisch-sexuellen Dienste. Nur dass darüber keine Daten vorliegen. Das Dunkelfeld ist wahrscheinlich immens. Demgegenüber ist der Antisemitismus gut erforscht. Im Herbst 2011 wurde der Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Bundes-tags-Drucksache 17/7700) abgeschlossen, in dem ein kontinuierlich hoher Anteil von ca. 20 Prozent offenen und latenten Antisemitismus in Deutschland, der auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden ist, konstatiert wird. Im Bereich des sekundären Antisemitismus sind ebenfalls hohe Werte zu verzeichnen, so glauben bspw. 12% der deutschen Bevölkerung, dass Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig seien. Für das Jahr 2014 verzeichnete das Bundesministerium des Innern insg. 1.596 antisemitische Straftaten. In der Mainzer Erklärung vom Juni 2015 erklärten deshalb die Innenminister der Bundesländer, dass „die Bekämpfung jeder Form von Antisemitismus ständige Herausforderung und Verpflichtung für Staat und Gesellschaft bleibt“.

Auch in Bremen wächst die Sorge vor einem erstarkenden Antisemitismus, zuletzt diskutiert anhand eines Falls, bei dem der Pfarrer einer evangelischen Gemeinde in Bremen sich in einem Mailverkehr als Antisemiten bezeichnet hatte. Die Demonstration im Jahr 2014, bei der zahlreiche antisemitische Symbole ungehindert mitgeführt werden konnten oder auch Veranstaltungen im öffentlichen Raum, in denen das Existenzrecht Israels in Zweifel gezogen wird, führten zu öffentlichen Kontroversen. Diese Befunde fordern dazu auf, antisemitischen Angriffen und Ressentiments entschieden entgegenzutreten – sowohl auf der Handlungs- als auch auf der Einstellungsebene bleibt viel zu tun. Die aktuellen Befunde verlangen nach mehr Handeln. Angesichts des zunehmenden Antisemitismus, neuer Formen des Antisemitismus in Netz und der zunehmenden Anzahl von Juden, die Europa wieder den Rücken kehren, ist es nicht genug, die Worte „nie wieder“ zu wiederholen, wenn verhindert werden soll, dass Hass in Gewalt übergeht.

Öffentliche Verleumdung (Zuhälter_innen, Menschnehändler_innen) und Beleidigung (Nutten, Parasiten) von Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste, deren Nötigung und Traumatisierung durch Aufmärsche von hurophoben Menschen unter Polizeischutz waren in Bremen ebenso zu verzeichnen, wie die mediale Bestätigung der Vorverurteilung Zuhälter und Zwangsprostitution in *buten und binnen* und in der Broschüre einer Ratsfraktion aus dem Jahr 2010. Eine Entschuldigung seitens der Redaktion der Broschüre und seitens *buten und binnen* fehlt bis heute. Eine Rehabilitierung der Betroffenen hat nicht stattgefunden. Diese Verleumdungen und Diskreditierungen sind, die Tatsache der fehlenden Rehabilitierung betrachtend, nach wie vor als Haltung bei den Verantwortlichen verfestigt.

Bremen muss nicht nur jeder Form von Antisemitismus sondern auch jeder anderen Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere von Hurophobie und Abwertung Sexarbeitender klar entgegenreten. Die Bürgerschaft (Landtag) hat dies in ihren zwei Entschlüssen aus 2000 und 2014 leider versäumt. Sie sollte ihre Haltung gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jetzt generalisieren und bekräftigen, indem sie alle gesellschaftlichen Gruppen im Land Bremen und Deutschland auffordert, allen in diesem Zusammenhang entstehenden und auch bei uns in Europa, Deutschland und Bremen erkennbaren Formen der Intoleranz, des Hasses und des Rassismus in einem Bekenntnis zu Frieden und Respekt mit Zivilcourage entgegenzutreten. Insbesondere antisemitische und hurophobische Äußerungen und Tendenzen, gleich aus welcher politischen oder auch religiösen Richtung kommend, verurteilt die Bürgerschaft (Landtag) mit besonderem Nachdruck.

Antisemitismus, Hurophobie, andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Hass und Fanatismus sind Vorstufen und Triebfedern von Gewalt. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet deshalb, dass jegliches Überschreiten rechtlicher Grenzen umgehend mit den Mitteln des Rechtsstaats begegnet wird und entsprechendes Verhalten eine konsequente Ahndung findet. Das gilt insbesondere für physische Gewalt gegen Personen, sakrale Gebäude oder auch Orte die von Menschen genutzt werden, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterliegen, wie dies insbesondere für die Aktiven im Feld der erotischen und sexuellen Dienste gilt, die generalverdächtigend, beweislos als kriminologisches Feld diskreditiert werden.

Die staatliche Generalverdächtigung und Diskriminierung einer Gruppe von Menschen, die anders glaubt, andere Lebensweisen oder Umgangsformen bevorzugt, als die Mehrheitsgesellschaft, mit der Unterstellung Angehörige eines kriminogenen Feldes zu sein, sollte, ebenso wie die Unterstellung der Volksschädlichkeit aufgrund der Zugehörigkeit zu einer (ethnischen, sozialen ...) Gruppe, in Deutschland der Vergangenheit angehören.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über aktuelle antisemitische, hurophobische und sonstige Strömungen und Aktivitäten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bremen?

1.1. Lässt sich aus den vorliegenden Erkenntnissen auf einen Anstieg von antisemitischen Strömungen schließen? Wenn ja, welche Gründe kommen nach Ansicht des Senats für diesen Anstieg in Betracht?

1.2. Sofern für hurophobische und sonstige Hasskriminalität keine Erkenntnisse gesammelt und statistisch aufbereitet wurden, wieso geschah dies nicht, obwohl insbesondere in der Drucksache der BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, Drs. 18/517, Landtag 10. Juli 2012, 18. Wahlperiode gefordert wurde Sexarbeitende gegen Diskriminierung zu schützen und sicherzustellen, das Sexarbeitende ihre Tätigkeit diskriminierungsfrei ausüben können?

2. Wie viele antisemitische, hurophobische und Straftaten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und andere Formen von dokumentierter antisemitischer, hurophobischer oder sonstiger Hasskriminalität und Diskriminierung sind dem Senat seit 2010 bekannt? Bitte unterschieden nach Straftaten gegen Personen und Straftaten gegen (sakrale) Gebäude.

2.1. Kann man aus den vorliegenden Erkenntnissen auf einen Anstieg von Antisemitismus, Hurophobie und Hasskriminalität schließen? Wenn ja, welche Gründe kommen nach Ansicht des Senats für diesen Anstieg in Betracht?

2.2. In wie vielen Fällen kam es zu einer Verurteilung?

Bitte auch die Frage unter 1.2. in entsprechender Form mit beantworten.

3 Inwieweit kam es nach Kenntnis des Senats seit 2010 zu Straftaten mit, antisemitischem, hurophobischem und Hasskriminalitäts-Hintergrund im Internet?

3.1. In wie vielen Fällen hat das Landesamt für Verfassungsschutz Internetbeiträge dieser Art an die Bremer Ermittlungsbehörden zwecks Prüfung auf strafrechtliche Relevanz weitergeleitet?

3.2. In wie vielen Fällen wurden auf sonstige Weise solche Internetbeiträge bei den Bremer Ermittlungsbehörden zur Anzeige gebracht?

Bitte zu 3.1 und 3.2 den jeweiligen Wortlaut der Internetbeiträge sowie den weiteren Verfahrensgang mitteilen.

4. Wie hat sich aus Sicht des Senats die Sicherheitssituation jüdischer Einrichtungen und der Orte an denen Sexarbeit stattfindet verändert und welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um den Schutz jüdischer Einrichtungen und Orte der Sexarbeit zu gewährleisten?

5. Wie bewertet der Senat die in verschiedenen Studien (u. a. auch im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus von 2011, Bundestags-Drucksache 17/7700) nachgewiesene weite Verbreitung (latent) antisemitischer Einstellungsmuster in der Gesamtbevölkerung?

5.1. Welche konkreten Gegenmaßnahmen hat der Senat angesichts dieser Befunde ergriffen?

5.2. Welche Strategien und Maßnahmen verfolgt der Senat in Bezug auf sich ausbreitenden Antisemitismus in Funk und Fernsehen durch Programme aus Drittländern?

6. Wie bewertet der Senat es, dass keine Erfassung von Hasskriminalitätsvergehen im Feld der erotischen und sexuellen Dienste erfolgte?

7. Inwiefern spielt die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus, der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, z.B. der Hurophobie – über die historisch-politische Bildung hinaus, zu der auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen Sexarbeitende gehören sollte – in den Lehrplänen der bremischen Schulen eine Rolle?

8. Inwieweit ist die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus, der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, z.B. der Hurophobie – über die historisch-politische Bildung hinaus, zu der auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen Sexarbeitende gehören sollte – Teil des Lehrcurriculums in der Lehreraus- und Fortbildung?

9. Inwieweit ist die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus, der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, z.B. der Hurophobie – über die historisch-politische Bildung hinaus, zu der auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen Sexarbeitende gehören sollte – Teil des Bildungsangebotes der Landeszentrale für politische Bildung?

10. Inwieweit ist die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Ausprägungsformen des Antisemitismus, der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, z.B. der Hurophobie – über die historisch-politische Bildung hinaus, zu der auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus gegen Sexarbeitende gehören sollte – Teil des Lehr- und Studienangebots an den bremischen Hochschulen?

11. Inwiefern wird die in einem gemeinsamen Antrag der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von 2013 (Drucksache 17/13885) genannte Forderung, die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie Nachrichtendienste „effektiv für das Thema Antisemitismus zu sensibilisieren“, in Bremen umgesetzt (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?

11.1 Wird daran gedacht, diese Sensibilisierung auch für die Hurophobie und für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzusehen?

12. Inwiefern wird der Empfehlung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Bundestags-Drucksache 17/7700) nach einer „stärkere[n] Fokussierung der Justizbehörden auf den Antisemitismus als ein eigenständiges Phänomen“ in Bremen – z. B. in Form von entsprechenden Fortbildungsangeboten – Rechnung getragen (ggf. bitte konkrete Aus-/Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen nennen)?

12.1 Wird daran gedacht, diese Sensibilisierung auch für die Hurophobie und für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzusehen?

13. Inwiefern wird der Empfehlung des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (Bundestags-Drucksache 17/7700) Rechnung getragen, nach der eine „engere Kooperation zwischen Schule und außerschulischem Bereich, Stiftungen und Initiativen“ hergestellt werden soll, insbesondere mit dem Ziel, Austauschprogramme mit jungen Israelis und jüdischen Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden zu befördern?

13.1 Wird daran gedacht, auch bezüglich Betroffener von Hurophobie und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit solche Kontakte vorzusehen?

13. Inwiefern unterstützt und fördert der Senat zivilgesellschaftliche Projekte, die sich explizit gegen aktuelle Ausprägungen des Antisemitismus, der Hurophobie und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wenden?

14. Wie beurteilt der Senat die Aufrufe zum Boykott israelischer Waren? Wie beurteilt der Senat den Aufruf zur Ächtung der Sexarbeit durch die Redaktion der Zeitschrift EMMA? Wie beurteilt der Senat den Aufruf der Bürgerinitiative „Keine Bordelle“ angesichts des Menschenrechts auf freie Berufsausübung?

15. Wie bewertet der Senat die Bürgermeister-Initiative des American Jewish Committee, die inzwischen von mehr als 150 Bürgermeistern aus 30 europäischen Staaten unterzeichnet wurde? Und plant der Senat sich hieran zu beteiligen?

16. Plant der Senat sich dem Aufruf Pro-Prostitution des Bundesverbandes erotische und sexuelle Dienste e.V. und Anderer anzuschließen und befürwortet er die Einrichtung eines Runden Tisch Sexarbeit unter Leitung Aktiver aus dem Feld der erotischen und sexuellen Dienste Bremens?

17. Niedersachsen baut derzeit seine Zusammenarbeit mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aus, um Lehrerinnen und Lehrer zukünftig in Israel fortzubilden. Sieht der Senat hier Kooperationsmöglichkeiten, um auch Bremer Lehrerinnen und Lehrern solche Fortbildungen anbieten zu können?

18. Plant der Senat die Vorfälle um den Sexarbeitsort Essener Straße 30 aus dem Jahr 2010 einer unabhängigen Prüfung auf Hasskriminalität, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Beleidigung, Nötigung und Verleumdung zu unterziehen?

19. Plant der Senat Bremen in Zusammenarbeit mit den von Diskreditierung betroffenen Aktiven aus dem vormaligen Sexarbeitsort in der Essener Straße 30, Rehabilitierungs- und Gedenkmaßnahmen zu ergreifen?